

Constitution: toujours sans les femmes

La tentative d'inscrire l'égalité entre femme et homme dans la Constitution risque d'échouer une fois de plus. Depuis dix ans maintenant, la commission parlementaire de la Révision constitutionnelle essaie d'élaborer un texte rendant légales les mesures positives en faveur du sexe sous-représenté et qui puisse trouver grâce aux yeux du Conseil d'Etat. Mais voilà que la Haute Corporation vient d'émettre son troisième avis négatif en la question. Cette fois-ci, le texte proposé par la commission lui semble trop orienté vers une obligation de résultat au lieu d'une obligation de moyens. En clair: ce texte forcerait l'Etat non seulement à prendre des "mesures visant à éliminer les entraves pouvant exister entre femmes et hommes et promouvoir l'égalité de fait dans l'exercice des droits et devoirs", mais lui imposerait de fournir des résultats traduisant une égalité parfaite. L'interprétation du Conseil d'Etat peut être partagée ou non. Mais le fait qu'après avoir attendu cinq mois pour émettre son avis, il ne propose pas de texte alternatif, laisse planer un doute sur son attitude constructive. Concrètement, il force la commission ou bien à passer outre (un pas exceptionnel dans le processus parlementaire) ou bien à élaborer un nouveau texte, le quatrième cette fois-ci. Avec la conséquence que l'article 11 de la Constitution ne sera plus révisé avant les élections.

Benelux gehorcht Bill Gates

Microsoft hat seinen Kampf gegen Konkurrenten auf die Benelux-Staaten ausgeweitet. Wie Spiegel-Online berichtet, will der Bill-Gates-Konzern in Holland den Konkurrenten Lindows dazu zwingen, allen Benelux-BürgerInnen den Zugang zu seiner Website zu versagen. Microsoft prozessiert schon seit Jahren weltweit gegen kleine und preisgünstige Konkurrenten. Was ihm in den USA stets misslang, gelang ihm nun in Europa. Ein holländisches Gericht gehorchte dem Konzern und verbot im Januar den Verkauf des Lindows-Betriebssystem in Holland, Belgien und Luxemburg - der Name verstoße gegen Microsofts Markenrecht. Prompt änderte Lindows-Gründer Michael Robertson den Namen in „Lin---s“. Doch das genügte dem Markführer nicht. Vergangene Woche forderte der Software-Riese das Gericht auf, den kleinen Konkurrenten täglich 100.000 Euro Strafe am Tag zu zahlen, wenn Lindows auch unter anderem Namen seine Produkte nicht vom Markt nimmt. Seitdem ist ein Lindows-Download aus diesen Ländern nicht mehr möglich. Dass aber ausgerechnet der Global-Player die Gesetze des weltweiten Netzwerks nicht versteht, enttäuscht schon. Zwar gibt es auf der US-Website von Lindows den Hinweis, dass Besucher aus den Benelux-Staaten bitte schnell wieder verschwinden sollen. Ein Download aus Luxemburg ist dennoch möglich. Testen Sie selbst: www.lindows.com

Luxus Wohnungen

Die LSAP hat im Wahlkampf die Wohnungsnot als offene Flanke in der Politik der Regierung entdeckt. Wohnungen seien in Luxemburg mittlerweile Luxusartikel, sagte der Abgeordnete Mars Di Bartolomeo diese Woche. Und ein Eigenheim sei für die meisten schlicht unerschwinglich. Schuld sind nicht zuletzt die hohen Baulandpreise, meint der Sozialist und kritisiert die Politik der Regierung: Die habe zu wenig gegen die Spekulation um Baugelände getan. Zudem hilft sie nach Di Bartolomeos Worten nur denen, die sich ein Eigenheim schon von vornherein leisten können, weil sie finanzkräftig genug sind, oder jenen, die Anrecht auf eine Sozialwohnung haben. Die dazwischen gingen leer aus. Deshalb müsse ein Mietzuschuss her, so die LSAP-Forderung, außerdem eine soziale Immobilienagentur. Und leer stehende Bürogebäude sollten zu Wohnzwecken genutzt werden.

STERBEHILFE

"Euthanasie wird es nur ohne CSV in der Regierung geben"

Würdevoll die letzte Lebensphase begehen - die Regierungskoalition hat sich in der Palliativmedizin endlich zu einem Gesetz-entwurf durchgerungen. Jean Huss von Déi Gréng und Mitglied der "Association pour le droit de mourir dans la dignité" geht der Vorschlag nicht weit genug. Er plädiert auch weiterhin für die Euthanasie (Sterbehilfe).

(Photo: woxx)

woxx: Vor fünf Jahren hat sich die regierende CSV offiziell zur Palliativmedizin bekannt. Was hat sich im Bereich der Sterbehilfe seitdem getan?

Jean Huss: Die CSV hatte sich auch schon vor 1999 für Palliativ-Medizin stark gemacht, um sie dabei aber immer gegen die Euthanasie auszuspielen. Mit einer funktionierenden Palliativ-Medizin brauche man keine Legalisierung der Euthanasie, lautet bis heute ihr Argument. Nur: Tatsächlich ist seitdem noch zu wenig geschehen. Diejenigen, die dafür sorgten, dass es in der Entwicklung in Luxemburg weiter ging, waren im Wesentlichen Initiativen von unten in den Spitälern selbst.

Immerhin hat der Regierungsrat nun einen Gesetzesentwurf vorgelegt. Demnach können Ärzte künftig sterbenskranken Patienten die so genannte palliative Phase verschreiben. Damit stehen dem Patienten jetzt unmittelbar sterbebegleitende Leistungen zu. Reicht Ihnen dieser Entwurf nicht?

Der Gesetzesentwurf an sich geht in die richtige Richtung. Nur finden wir, dass dieser Schritt auch schon vor zehn Jahren möglich gewesen wäre. Wenn man so lange einen ideologischen Kampf gegen die Legalisierung der Euthanasie mit dem Argument führt, man werde die Palliativmedizin ausbauen, dann hätte dieser Ausbau längst geschehen müssen.

Was glauben Sie, warum die CSV so lange gezögert hat?

Zur Palliativmedizin gehört, hoffnungslos kranke Menschen auch psychologisch zu begleiten und zu betreuen. Das heißt, wir müssen mehr Pflegepersonal einstellen. Das bedeutet auch: Die Kosten steigen. Aber wenn die Kosten steigen,

schlägt das christliche Herz gleich weniger schnell. Hinzu kommt, dass es in der Ärzteschaft lange Zeit Widerstand gab, bei der Schmerztherapie Morphium einzusetzen.

Nun hat die CSV diesen Schritt getan. Die Regierung wird die Palliativmedizin ausbauen, die Situation für unheilbar Kranke wird sich verbessern. Warum ist Ihnen Euthanasie dann nach wie vor so wichtig?

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die Palliativmedizin zwar den überwiegenden Teil der schwerwiegenden Krankheitsfälle mit Morphium und anderen Schmerztherapien sowie mit psychotherapeutischer Begleitung lindern kann. Aber eben nur den überwiegenden Teil. Bei fünf bis zehn Prozent der Fälle nützt die Palliativmedizin nichts, trotz aller Schmerzmittel. Diese Menschen darf man aber nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. Ich habe bisher nicht einen Palliativ-Mediziner erlebt, der mir eine zufriedenstellende Antwort liefern konnte, was mit dieser Minderheit von Patienten geschehen soll.

Darf man aber unheilbar kranke Menschen wirklich "erlösen"? Die Betroffenen sehen in der aktiven Sterbehilfe ja auch nicht wirklich eine Lösung ihrer Probleme.

Es gibt einfach Menschen, die Palliativbetreuung nicht länger oder gar nicht wollen. Sie sagen: Wir haben unser Leben gelebt, wir wollen nicht noch tage- oder wochenlang in einem Morphium-Dämmer Schlaf dahin siechen. Und dann gibt es zwei Möglichkeiten: Hilfe zum Freitod, so wie es in der Schweiz üblich ist; der Arzt gibt dem Verzweifelten einen Trunk, der ihn in den Todesschlaf versetzt. Oder die Euthanasie auf freiwilliger Basis: Der Arzt verabreicht dem Patienten eine Infusion, woran er dann auf

sanftem Wege aus dem Leben scheidet. Das Prinzip bleibt im Grunde gleich.

Sie plädieren also für den selbstbestimmten Freitod bei unheilbar Kranken.

Ich plädiere für das Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen. Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft. Für einen gläubigen Christen ist das Leben bekanntlich ein Geschenk Gottes. Nur Gott entscheidet, wann er einem das Leben nimmt. Dann gibt es Menschen, die nicht daran glauben. Ich respektiere all die Leute, für die aus religiösen Gründen eine Euthanasie nicht infrage kommt. Ich möchte aber auch, dass respektiert wird, wenn sich Leute für Euthanasie entscheiden. Ich finde, jeder soll selbst über sein Leben und sein Lebensende entscheiden können.

Und was ist, wenn der Patient selbst die Entscheidung nicht treffen kann?

Er kann die Entscheidung über ein Sterbetestament vorher festlegen. Darin soll klar formuliert sein, ob er bis zum Schluss therapiert werden möchte, schmerztherapeutisch, palliativ mit psychologischer Betreuung oder wie auch immer. Wenn er aber auf keinen Fall in seiner letzten Lebensphase an Schläuchen hängen oder unter einer Morphium-Glocke liegen möchte, muss ihm das Recht auf Euthanasie zustehen.

Und Sie sehen keine Missbrauchsgefahr?

Den Missbrauch sehe ich eher in der momentanen Situation. Wenn ein Arzt bei Sterbehilfe erwischt wird, gilt er als Mörder und wird strafrechtlich belangt. Und trotzdem findet Sterbehilfe statt. Halt heimlich. In der Grauzone ist die Missbrauchsgefahr viel größer, ganz einfach deshalb, weil es keine Kontrolle gibt. Niemand weiß, ob der Patient selbst gefragt wurde. War es

vielleicht die Familie, die es auf das Erbe abgesehen hat? Ich habe selbst einen Arzt erlebt, der offiziell gesagt hat, nein, Sterbehilfe komme nicht infrage. Und hinter den Kulissen gab er dann zu, eine Woche vorher noch einer kranken Frau die Todesspritze verabreicht zu haben, weil sie voller Metastasen war. Lieber sollte man Euthanasie unter strenger Kontrolle stellen als sie zu verbieten.

Also sind Sie für eine kontrollierte Tötung.

Nein, ich bin für die Möglichkeit eines sanften Sterbens und für eine gesetzlich geregelte Depenalisierung unter kontrollierbaren Umständen. Als in Belgien die Diskussion um Euthanasie voll im Gang war, sagten Ärzte und Wissenschaftler: Wir gehen davon aus, dass mit der Legalisierung die Euthanasie in den nächsten zwei Jahren zurückgehen wird. Ganz einfach deshalb, weil dann jeder Arzt peinlichst genau zu prüfen hat, ob nicht doch andere Möglichkeiten vorhanden sind, und weil jeder Fall präzise dokumentiert werden muss.

Ist denn das belgische Modell auch auf Luxemburg übertragbar?

Auf jeden Fall. Natürlich müsste man über einzelne Details reden, aber grundsätzlich halte ich das belgische Modell, die das Selbstbestimmungsrecht des Patienten in den Vordergrund stellt, absolut auf Luxemburg übertragbar.

Euthanasie-Gegner argumentieren, dass mit der aktiven Sterbehilfe eine gefährliche Schwelle übertreten werde. So war es ja auch bei den Nationalsozialisten, die das Euthanasie-Programm irgendwann ausgeweitet haben, dem auch politische Gegner, Juden und Behinderte zum Opfer fielen.

Dieses Argument ist zum einen spezifisch deutsch, zum anderen einfach infam. Hitler hat den Begriff Euthanasie für das angewandt, was faktisch Massenmord war. Das hat aber nichts mehr mit freiwilliger Sterbehilfe zu tun. Euthanasie kommt aus dem griechischen und heißt sanfter Tod. Mit Konzentrationslagern hat Euthanasie nun wirklich nichts zu tun.

Kommen wir zurück zum Regierungsentwurf. Der kleine Koalitionspartner, die DP, hat vor ein paar Tagen eine Erklärung veröffentlicht, in der sie sich für die Euthanasie ausspricht. Gibt es doch noch Anlass zur Hoffnung einer Legalisierung?

Die DP ist einfach opportunistisch. Sie denkt, sie kann in allen Milieus Stimmen anziehen. Einige in der Partei sagen, sie sind für Euthanasie, andere sind genauso so radikal gegen die Euthanasie wie die CSV. Das Problem war der DP einfach nicht wichtig genug, um tatsächlich einen Koalitionsstreit zu riskieren. In Luxemburg ist glasklar: Die einzige Chance einer Legalisierung der Euthanasie in Luxemburg ist eine Regierung ohne Beteiligung der CSV.

Interview: Felix Lee

